



Hauptstadtbrief

Nr. 2 / Juni 2022



Europäische Konsultation zu Regulierung von Fahrzeugdaten

Ende März 2022 hatte die Europäische Kommission eine Konsultation gestartet zu einer sektorspezifischen Regulierung zum Zugang von Im-Fahrzeug-generierten Daten und Funktionen. Erfragen wollte die Europäische Kommission, wie eine Regulierung zu Fahrzeugdaten aus Sicht der Öffentlichkeit, Unternehmen und Verbände auszusehen hätte. Bis zum 21. Juni konnte der Fragebogen ausgefüllt werden, was der ZDK in Abstimmung mit allen Abteilungen getätigt hat. Kurzfristig wurde die Konsultation bis zum 02. August verlängert.

Der Konsultation waren enorme Diskussionen in Berlin und Brüssel vorausgegangen (siehe letzter Hauptstadtbrief). Der ZDK hatte gemeinsam mit verschiedenen Organisationen der AG Telematik gegenüber den Bundesministerien ebenfalls für eine sektorspezifische Regulierung geworben und auch in der letzten Woche den Entscheidungsträgern den eigenen Eindruck und die Antworten zur Befragung geschildert. Aufgrund der Komplexität der Diskussion hat die Europäische Kommission am 23. Mai ebenfalls eine „Targeted Consultation“ eröffnet. Darin sollen 42 Datenpunkte „aus dem Fahrzeug“ beurteilt und ergänzt werden. Eine bedenkliche Entwicklung, nicht nur aus Sicht des ZDK. Möglichst viele Datenpunkte zu standardisieren ist begrüßenswert. Die Gefahr besteht hingegen, dass im Ergebnis eine innovationshemmende Liste von Datenpunkten entsteht, die dann ausschließlich Unternehmen im Kfz-Gewerbe für Serviceleistungen bereit steht.

Trotz der Konsultation ist der Weg zur nötigen sektorspezifischen Regulierung noch nicht beendet. Weitere Verzögerungen im regulatorischen Prozess erschweren die Verabschiedung der Regulierung im knappen Zeitfenster. 2024 wird ein neues Europaparlament gewählt.

Das Europaparlament hat entschieden: Keine E-Fuel-Anrechnung für Neuwagen

Für synthetische Kraftstoffe (E-Fuels) war der 07. Juni ein Schicksalstag. Nach umfangreichen Diskussionen stand die Abstimmung der CO₂-Grenzwerte für Neufahrzeuge im Europaparlament an. Vorausgegangen waren bereits „Schlachten“ in den Ausschüssen des Parlaments um Änderungsanträge. Der Berichterstatter, Jan Huitema, niederländischer Europaabgeordneter, verteidigte die ambitionierten Vorschläge der Europäischen Kommission energisch gegen Widerstände. Vor der letzten Abstimmung hatte die E-Fuel-Alliance noch größte Mühen betrieben, eine Vielzahl von Abgeordneten umzustimmen und den eigenen Mitgliedern, darunter auch dem ZDK, Material und Informationen zur Handreichung mitzugeben. Der ZDK hatte bereits im Mai Europaabgeordnete kontaktiert und zuletzt auch weitere europäische Verbündete mit Handreichungen der E-Fuel-Alliance zur Aktion bewogen.

In der finalen Plenumsitzung wurden dann insgesamt drei Pakete mit zwei Änderungsanträgen zur Anrechnung von E-Fuels und einem 90%igen CO₂-Reduktionsziel 2035 anstatt 100 % (Verbrennerverbot) abgestimmt. Alle Anträge scheiterten und der Kommissionsvorschlag wurde mit 339 Stimmen zu 249 Stimmen bei 24 Enthaltungen angenommen. Eine Überraschung war die Entscheidung hingegen nicht. Bereits im März hatte die deutsche Umweltministerin bei einem Treffen der Umweltminister des Europäischen Rates fernab des Medieninteresses dem ambitionierten Kommissionsvorschlag zugestimmt. Auch die Gegenwehr von Lobbyorganisationen contra E-Fuels war enorm. Nun stehen abschließend noch die Verhandlungen im Europäischen Rat zwischen den Ländern an. Hier ist ebenfalls kein Wunder zu

DEUTSCHES KRAFTFAHRZEUGGEWERBE

erwarten. Zahlreiche europäische Staaten haben bereits ein Datum für ein Neuzulassungsverbot für Verbrennungsmotoren beschlossen.

Nun rücken andere in Verbindung stehende Regulierungen der EU noch mehr in den Fokus. Die AFIR (Alternative Fuel Infrastructure Regulation) legt u.a. fest, in welchem Mindestabstand Ladesäulen in Europa stehen. Der deutsche Europaabgeordnete, Ismail Ertug, setzt sich hier als Berichterstatter energisch u.a. für die Verkürzung der Abstände zwischen Ladesäulen und Wasserstoff-tankstellen und dem beschleunigten Ausbau ein. Auch der europäische Verband der Automobilhersteller ACEA fordert mehr Initiative und anstatt der angedachten 3,9 Millionen Ladesäulen von der EU-Kommission insgesamt 7 Millionen Ladepunkte bis 2030. Angesichts der Absage für E-Fuels von enormer Wichtigkeit. Ebenfalls die RED III (Renewable Energies Directive), übersetzt: Erneuerbare-Energien-Richtlinie. Geregelt wird für den Verkehrssektor darin auch der Einsatz erneuerbarer Kraftstoffe. Hier hat die E-Fuel-Alliance bereits umfangreich Stellung bezogen und Verbesserungsvorschläge zu den ersten Kommissionentwürfen formuliert.

17. Berliner Automobildialog zur konjunkturellen Lage

Am Mittwoch, dem 15. Juni 2022, lud der ZDK erneut zum Berliner Automobildialog in die Landesvertretung Niedersachsen in Berlin zur Diskussionsveranstaltung. Der Leiter der Landesvertretung, Staatssekretär Johannes Sturm, betonte in seinem Grußwort auch das Zusammenspiel der Autoindustrie und des Kfz-Gewerbes im Bundesland Niedersachsen.

Per Videobotschaft begrüßte der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban. Er forderte mehr Unterstützung für das Automobil als Verkehrsmittel und kritisierte die Entscheidung der Bundesregierung, Hybridfahrzeuge nicht mehr zu fördern.

Vom BDI schilderte Frau Uta Maria Pfeiffer die nötigen infrastrukturellen Veränderungen. Der Krieg in der Ukraine beschleunige die Abkehr von fossilen Brenn- und Kraftstoffen, lege aber auch gleichzeitig Versäumnisse im Ausbau der Energie- und Verkehrsinfrastruktur dar.

Für die Automobilindustrie schilderte Dr. Manuel Kallweit (VDA) die aktuellen Liefer- als auch Logistikprobleme, vor denen die Industrie international stehe. Vollen Auftragsbüchern stehe eine geringe Produktivität gegenüber bedingt durch die derzeitigen Einschränkungen der Lieferketten für den Fahrzeugbau.

Prof. Dr. Hubertus Bardt vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) schilderte die Veränderung der ökonomischen Prognosen vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine. Insbesondere die Energiepreise sind hier besonders kritisch und ein Abfall auf Vorkrisenniveau nicht zu erwarten.



Von links nach rechts: Detlef Peter Grün, Dr. Axel Koblitz, Dr. Manuel Kallweit, Uta Maria Pfeiffer, Prof. Dr. Hubertus Bardt, Dr. Christoph Konrad

ZDK-Fachgespräch zur AFIR-Regulierung am 15. Juli

Zur bereits beschriebenen AFIR-Regulierung wird der ZDK erneut ein Fachgespräch mit dem Europaabgeordneten und Berichterstatter Ertug am 15. Juli von 11:00 Uhr bis 12:00 Uhr als Webinar durchführen.